

13.07.2009, Al-Jazeera

Einige wollen nicht ausreisen aus Angst, nicht wieder hineinzukommen

"Aufenthaltsgebühren" halten Palästinenser in Libyen fest

Khaled Al-Maheer, Tripolis

Viele sich in Libyen aufhaltende Palästinenser - insbesondere diejenigen, deren materielle Möglichkeiten begrenzt sind - sitzen nun in diesem Land fest und können nicht ins Ausland reisen. Grund dafür sind die neuen Gebühren, die Libyen für den Aufenthalt von Ausländern festgesetzt hat.

Die libyschen Gesetze gestatten den Palästinensern zwar ein Aufenthaltsrecht sowie die Erlaubnis, einen Beruf auszuüben, das Recht auf Bildung und Krankenbehandlung, wie es auch dem libyschen Bürger gewährt wird. Dies steht auch im Einklang mit dem Beschluss von vor sieben Monaten, die Palästinenser sollten "wie Libyer behandelt werden". Doch einige Palästinenser sind der Ansicht, die Gesetze dieses Landes würden aus verschiedenen Gründen nicht angewandt.

Die libyschen Behörden haben begonnen, Aufenthaltsgebühren zu erheben, die ungefähr 513 Libysche Dinar pro Person betragen (417 US-Dollar). Die Gebühren steigen auf 1500 Dinar (1221 Dollar), wenn der Vater, die Mutter und zwei der Kinder ausreisen, um ein Aus- und Wiedereinreisevisum zu bekommen.

Stolperstein

Die neuen Maßnahmen machen bei der Ausreise nicht Halt, der Stolperstein liegt vielmehr bei der Einladung von Verwandten und Angehörigen, die Jamahiriya¹ zu besuchen. Über dieses Thema äußerten sich Mohammed Fakhry und sein Bruder Maisara. Mohammed sagte, er hätte seine im Gazastreifen lebende Verlobte nicht herholen können, schließlich gestatte ihm sein bescheidenes Einkommen von etwa 250 Dinar (203 Dollar) nicht, die geforderte Summe zu zahlen.

Sein Bruder, Vorsitzender einer Gruppe, die sich für die brüderliche Verbindung zwischen dem palästinensischen und dem libyschen Volk engagiert, wünscht sich, dass die libysche Regierung all ihre Beschlüsse umsetzt, einschließlich der Pflichten, und so vermeidet, dass sich für die Zukunft Probleme anhäufen.

Auch der "Landwirt" Tareq Abdallah Khalil, der an Rückenschmerzen leidet, die eine Behandlung im Ausland erfordern, bezeichnet ihr Leben in Libyen, angesichts der derzeitigen Zustände, als "Tragödie". Er versichert, dass er früher keinen solchen Ärger mit dem Aufenthaltsstatus gehabt hätte, wie er ihn jetzt hat. Im Gespräch mit *aljazeera.net* fügte er hinzu, die zuständigen Behörden lehnten seinen Antrag auf ein Aus- und Wiedereinreisevisum ab, wenn er nicht die geforderten Beträge bezahle. Er machte klar, dass die Passbehörde sie "wie Ausländer" behandle.

Khalil forderte, die offiziellen Beschlüsse dürften nicht bloß leere Worte auf geduldigem Papier sein. Er erzählte, der in Syrien lebende Ehemann seiner Schwester, ein Palästinenser, sei krank geworden. Und in dieser Zeit brauche er seine Ehefrau um sich, was diese veranlasst hätte, die endgültige Ausreise aus Libyen zu beantragen, um nicht diese hohen Summen zahlen zu müssen.

1 Eigenbezeichnung des libyschen Staates, die soviel wie "Volksrepublik" bedeutet

Auch der Friseur Mansour Mousa ist betroffen. Gegenüber *aljazeera.net* sagte er, dass er zur Zeit die erforderliche Summe nicht besitze, denn geschäftlich und privat müsse er Miete zahlen. Er verwies auf die Schwierigkeiten, ein Ausreisevisum zu bekommen, mit dem er seine Kinder holen will, die sich seit August letzten Jahres in Syrien befinden. Seine libysche Ehefrau, fährt Mousa fort, sei nach einer Reise nach Syrien wegen einer medizinischen Behandlung ohne die Kinder zurückgekehrt. Der Repräsentant der Libyan Airlines hätte seine Kinder daran gehindert, mit ihr zusammen zurückzukommen. Mousa unterstrich, wenn er aus Libyen ausreiste, könnte er nicht wieder einreisen, weil das Procedere so kompliziert sei.

Durch ihren Verbleib in Syrien, fern von Vater und Mutter, leiden die drei Kinder sehr, psychisch und sozial. Libyen solle sich an seine Gesetze halten.

Lösung ist abzusehen

Der palästinensische Botschafter in Tripolis, Bassam Al-Agha, versicherte indes, das Problem würde in den nächsten Tagen gelöst. Bei der Anwendung des Aufenthaltsgesetzes auf die Angehörigen der diversen arabischen und afrikanischen Nationalitäten in Libyen sei ein "unbeabsichtigter" Fehler passiert, so dass es auch auf die Palästinenser angewandt worden sei.

In einer Erklärung exklusiv für *aljazeera.net* fügte Al-Agha hinzu, dass Libyen - und zwar sowohl seine Führung als auch das Volk - die Palästinenser seit Anfang 1969 in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Wohnen wie libysche Araber behandle. Außerdem sympathisierten die Libyer mit den Palästinensern in einer "außergewöhnlichen" Weise.

Der palästinensische Botschafter bestritt, dass die Palästinenser in der Jamahiriya¹ in irgendeiner Weise unterdrückt würden. Al-Agha betonte, der libysche Staatsführer Muammar Al-Gaddafi hätte bei mehr als einer Gelegenheit gesagt: "Die Palästinenser sind welche von uns."

In Libyen leben laut offizieller Statistiken des Landes zwischen 25.000 und 30.000 Palästinenser. Von der libyschen Seite konnte *aljazeera.net* keine Stellungnahme zu der Angelegenheit erhalten.

Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg